

# Europäischer Aktionstag gegen die Krise

29.9.2010

Ausgerufen vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und unterstützt von den Sozialen Bewegungen.



**EGB**



**WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE**

[http://www.etuc.org/IMG/pdf/Tracte\\_A4\\_DE\\_etuc\\_2\\_.pdf](http://www.etuc.org/IMG/pdf/Tracte_A4_DE_etuc_2_.pdf)

# BELASTUNGS-PAKETE STOPPEN!

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat für 29. September zu einem internationalen Aktionstag gegen die kapitalistischen Krisen aufgerufen. Auch das Europäische Sozialforum, welches vom 1.- bis 4. Juli in Istanbul stattfand, rief zu gemeinsamen Aktionen mit den Gewerkschaften auf und mobilisiert von Spanien bis Russland und der Ukraine. In Spanien und Griechenland sind Generalstreiks angesetzt. In Großbritannien gibt es breit angelegte Aktionen gegen die „Sparpolitik“ der konservativen Regierung. In Brüssel findet eine Massendemonstration statt. In allen europäischen Ländern kommt es zu Mobilisierungen. Die Perspektive eines gesamteuropäischen Generalstreiks wird so immer konkreter.

Der ÖGB ist mit einer Delegation bei der Demonstration in Brüssel vertreten. Bei uns wartet er mit Aktionen auf die Bekanntgabe der budgetären Maßnahmen.

# Zerschlagung der Großbanken statt Kürzungspaket gegen die Armen

Ausschnitt aus dem Aufruf von Attac Deutschland

**1.** Banken sind die Infrastruktur der globalen Umverteilung und ermöglichen es den Vermögenden, ihren Reichtum zu konzentrieren und zu vermehren, auf Kosten von Mensch und Natur.

**2.** Durch ihre Geschäfte mit Steueroasen helfen Banken, dass jährlich Milliarden von Steuergeldern hinterzogen werden. Damit berauben sie nicht nur die öffentlichen Haushalte, sondern treiben auch die globale Umverteilung von Süden nach Norden voran.

**3.** Banken haben die Krise mit ausgelöst. Sie haben die Liberalisierung und Deregulierung der globalen Finanzmärkte vorangetrieben. Sie haben hochspekulative Finanzpapiere aufgelegt, verkauft, gehandelt und eine undurchsichtige Schattenwirtschaft geschaffen. Damit sorgten sie auch dafür, dass Armut zunimmt, der Sozialstaat ausgehöhlt und soziale Infrastruktur zerschlagen wird.

**4.** Banken berauben die Allgemeinheit. Banken haben für ihre Verluste in der Krise Milliarden öffentlicher Rettungsgelder verschleudert und dazu benutzt, weiter im Finanzkasino zu spielen.

**5.** Banken zerstören die Demokratie und erzeugen gesellschaftliche Ohnmacht. Einige Banken sind so groß, dass sie als systemrelevant gelten. Weil ihr Zusammenbruch das gesamte Finanz- und Wirtschaftssystem gefährden würde, spekulieren sie darauf, auch künftig mit Steuergeldern gerettet zu werden.

**Bankenaktionstag am 29. September 2010 - Attac Gruppe - Sparpaket**

<http://www.attac.de/aktuell/sparpaket/bankenaktionstag/?type=98>

**Bankentribunal**



[www.attac.de](http://www.attac.de)

---

## Unser Leben ist mehr wert als eure Profite!

**Mehr Geld für Soziales, Bildung, Gesundheit, Pensionen, Pflege  
und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze.**



<http://steiermark.glb.at/>

# Ausschnitt aus dem Aufruf der Antikapitalistischen Linken im EU Parlament

**Die Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung, auf die RentnerInnen, Studierenden und sozial Benachteiligten erfordern europaweite Solidarität und Aktion.** Denn brutale Sparmaßnahmen drohen in allen Ländern Europas: In Griechenland sollen die Löhne für Angestellte im öffentlichen Dienst um 25 bis 30 Prozent gekürzt werden. Das Sparpaket in Spanien sieht Kürzungen für öffentliche Ausgaben in Höhe von 25 Mrd. € vor. Im öffentlichen Sektor Portugals sollen die Löhne vier Jahre lang eingefroren und das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben werden. Die Regierung Merkel in Deutschland will die öffentlichen Ausgaben in den nächsten vier Jahren um 80 Mrd kürzen und die britische Regierung plant entsprechende Kürzungen der öffentlichen Ausgaben um 25 Prozent.

- Für gemeinsame Aktionen der ArbeiterInnen in ganz Europa gegen die Kürzungspolitik – zur Vorbereitung weiteren Widerstands bis hin zum Streik !
- Nicht die ArbeiterInnen, RentnerInnen, Studierenden, Jugendlichen und sozial Benachteiligten sollen für die Krise zahlen, sondern die Reichen und die Banker!
- Nein zu Kürzungen der Löhne und Sozialleistungen, zu Arbeitslosigkeit, Anhebungen des Rentenalters oder Privatisierungen!
- Schluss mit der Diktatur der Finanzmärkte, der Rating-Agenturen und des IWF!
- Schluss mit den Milliarden geschenkt an die Banken – Verstaatlichung der Banken im Interesse der arbeitenden Bevölkerung!

Zum gesamten Text: <http://www.antikapitalistische-linke.de/article/283.europaeischer-aktionstag-am-29-september-2010-fuer-gemeinsame-kaempfe-und-streiks.html>

---

**Profite bleiben privat – Schulden zahlen wir alle!**

**Systemwechsel: Jetzt!**

[www.linkestmk.at](http://www.linkestmk.at)



**Zusätzlich fordern wir:**



- **Systemwandel statt Klimawandel**

Wenn ein Wachstum, dann ein Ökologisches, Nachhaltiges mit Lebensqualität

In der Abschlusserklärung „des Abkommens der Völker“ auf der Konferenz zum Klimawandel vom 22. April 2010 in Bolivien/Cochabamba heißt es unter anderem: „Wir sind mit der Endphase der Krise des patriarchalischen Modells konfrontiert... Das kapitalistische System hat uns eine Logik der Konkurrenz, des Fortschritts und des unbegrenzten Wachstums auferlegt. Dieses Produktions- und Konsummodell ist immer auf der Suche nach dem höchsten Profit und trennt das menschliche Wesen von der Natur, installiert eine Herrschaftslogik über die Menschen und verwandelt alles zur Ware.“

- **Bedingungsloses Grundeinkommen**

Nur so können weltweit die sozialen Probleme gelöst werden

- **Statt Transferdatenbank die Einführung einer Vermögenssteuer und Finanztransaktionsabgabe**

Die vorgesehene Transferdatenbank öffnet Tür und Tor für den Missbrauch privater Daten. Zudem sind industrielle bzw. landwirtschaftliche Förderungen und Subventionen nicht erfasst.

- **Schluss mit prekären und inhumanen Arbeitsverhältnissen und Leiharbeit**

Durch Überstunden, Unterbezahlung und erzwungene Mobilität ist besonders für junge Menschen eine Lebensplanung nicht mehr möglich. Dadurch wird ein grundlegendes Menschenrecht verletzt.

- **Schluss mit dem Casino-Kapitalismus: Banken vergesellschaften**

Geld ist ein öffentliches Gut und wir fordern deshalb die Vergesellschaftung des Bankwesens unter der Kontrolle der Bevölkerung.

**Wir fordern den EGB und den ÖGB auf, weitere und schärfere Kampfmaßnahmen zu ergreifen, um die Abwälzung der Krise auf dem Rücken der Bevölkerung zu verhindern.**